Nr. 305 XXVIII. Jahrgang — Sonnabend, 18. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffer- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstab notierten 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13635, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die erste Sitzung in Brüssel

Ein amtlicher Ententebericht über die erste Sitzung der Sachverständigenkonferenz in Brüssel besagt:

Die erste Sitzung der internationalen Sachverständigenkonferenz fand Donnerstag vormittag statt. Die deutschen Delegierten Bergmann und Havenstein sowie mehrere Sachverständige waren anwesend. Die deutsche Delegation gab dem Wunsche Ausdruck, zuerst einen allgemeinen Ueberblick über die finanzielle Lage des Deutschen Reiches zu geben. Staatssekretär Schröder machte die Ausführungen und erläuterte die Denkschriften, die der Konferenz überreicht worden sind, und die die budgetären Anforderungen, die steuerlichen Belastungen, den Stand der Einnahmen und Ausgaben und die Verwehung der schwebenden Schuld seit Ende des Krieges erläutern. Mehrere Mitglieder der Konferenz stellten über diese Gegenstände Fragen und erbaten Erklärungen und ergänzende Dokumente.

Das Wolffsche Bureau meldet ferner:

In der Nachmittagssitzung schilderte Reichsbankpräsident Havenstein die Gründe, die einer Besserung der deutschen Valuta, verhältnisse entgegenstehen. Unter seinen Ausführungen war besonders bemerkenswert die Mitteilung derjenigen Zahlen, die auf der letzten Brüsseler Finanzkonferenz über den Wert der deutschen Ein- und Ausfuhr im ersten Halbjahr 1920 angegeben worden sind. Anstatt einer aktiven Handelsbilanz hat sich auf Grund der angestellten Nachprüfung im besagten ersten Halbjahr

ein Zurückbleiben der Ausfuhr hinter der Einfuhr um nicht weniger als durchschnittlich 6 Milliarden Mark monatlich

ergeben. Zum Schlusse seiner Ausführungen erklärte Havenstein, daß eine Besserung der deutschen Valuta nur aus einer Besserung der Zahlungsbilanz erfolgen könne. Diese beruhe vor allem auf der Arbeit, deren Vorbedingung freie Exportmöglichkeit sei. Endlich müsse die Kriegsentschädigung von Deutschland so berechnet werden, daß sie auch getragen werden könne.

Frankreichs Ansprüche

Genf, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Im französischen Kammerausschuß sagte der Finanzminister Marsal, die deutsche Wiedergutmachung ist die Grundlage des französischen Staatsetats für die nächsten zehn Jahre. Frankreich könne deshalb niemals einer Herabminderung seiner Ansprüche an Deutschland in den nächsten Jahren zustimmen.

Die Botschafterkonferenz

Die Botschafterkonferenz stimmte dem Abkommen über die Durchfahrt interalliierter Kriegsschiffe durch den Kieler Kanal zu. Sie beschloß ferner, an die österreichische Regierung eine Note zu richten, in der diese aufgefordert wird, die aus der Anwendung der militärischen Klauseln des Vertrages von St.-Germain sich ergebenden Maßnahmen zu ergreifen. Die Konferenz beschloß ferner, an die deutsche Regierung eine Note zu richten, in der sie befragt werden soll, aus welchem Grunde der Abschluß des Vertrages mit Dänemark über die Regelung der durch die Abtretung von Nordschleswig entstandenen Fragen verzögert wird.

Die französischen Holzforderungen

Mannheim, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Verhandlungen deutscher Holzfachleute über die geforderten Holzlieferungen sind wieder auf einen toten Punkt geraten wegen der Unmöglichkeit, sich über die Grundlage der Preise zu einigen. Die deutschen Vertreter sind daher wieder aus Paris zurückgekehrt.

Der Völkerbund

Die Völkerbundversammlung verhandelte am Donnerstag über weitere Aufnahmegesuche. Von 38 Delegationen stimmten 35 für die Zulassung Bulgariens, während Viviani-Frankreich sich der Stimmenabgabe enthielt, da er nicht genügend über Bulgarien unterrichtet sei. Für das Aufnahmegesuch Finnlands stimmten 30 Delegationen, durch die Aufnahme Finnlands soll aber der Regelung der Alandsfrage nicht vorgegriffen werden. Auch das Aufnahmegesuch Luxemburgs wurde angenommen, nachdem der Kommissionsvertreter erklärt hatte, die Verpflichtungen des Artikels 16 des Paktes zu übernehmen, wonach dem Völkerbunde das Recht des Durchzuges für seine Truppen gewährt werde.

Präsident Hymans stellte unter dem Beifall der Versammlung fest, daß fünf neue Staaten, Oesterreich, Bulgarien, Finnland, Costarica, Luxemburg, nunmehr dem Völkerbunde angehören. Es wurden die Aufnahmegesuche Armeniens, Estlands, Georgiens, Lettlands und Litauens, die zwar nach dem Vorschlage der Kommission noch nicht zum Bunde zugelassen werden sollen, aber eine Vertretung in den technischen Organisationen des Bundes gegeben werden soll. Für die Aufnahme Armeniens sprachen sich in der Abstimmung 8 Delegationen aus, dagegen 20.

Die Danziger Frage

Danzig, 17. Dezember. Einem Telegramm des Senatspräsidenten Sahm aus Genf zufolge hat der Völkerbund noch keineswegs über eine Befestigung Danzigs und über eine etwaige Besetzung des Danziger Freistaatgebietes durch polnische Truppen entschieden. Der Völkerbund wird hierüber zunächst das Gutachten des neuen Oberkommissars abwarten.

Die Eisenbahnerbewegung

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In den Verhandlungen der Eisenbahner mit der Regierung hat der Finanzminister weitere Bewilligungen als unmöglich abgelehnt. Die Lage ist danach als äußerst ernst anzusehen. Das Reichsverkehrsministerium hatte gestern abend jedoch die Verhandlungen noch nicht abgebrochen.

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die radikalen Eisenbahner setzen ihre Vorbereitungen zum allgemeinen Streik fort. In den Berliner Eisenbahnwerkstätten haben sich nach einer Mitteilung in der gestrigen Betriebsrätesitzung etwa drei Viertel der Arbeiter durch Unterschrift zum Streik verpflichtet, falls nicht die Forderungen bis zum 23. Dezember erfüllt sind.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Vorlage auf Erhöhung aller Tarife ist aus dem Reichsverkehrsministerium dem Reichskabinett zugegangen. Ihre Verabschiedung im Reichstage soll schon Anfang Januar erfolgen. Ueber ihren Inhalt wird Stillschweigen bewahrt. Es verlautet, daß die neue Erhöhung der Eisenbahntarife für den 15. Februar vorgesehen ist.

Neue Finanzpläne

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Da durch die Erhöhung der Beamtengehälter durch das Reich ungeheure, neue Ausgaben entstehen und diese Beträge gedeckt werden müssen, wird, wie wir erfahren, nach den Weihnachtsferien des Reichstages der Reichsfinanzminister mit Finanzplänen von großer Tragweite hervortreten, über die bisher nur eine vertrauliche Fühlungnahme mit Vertretern der Fraktionen stattfand. Feste Entschlüsse sollen vorläufig nicht vorliegen.

Der Reichsfinanzdiktator

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinett hat den Reichsfinanzdiktator Dr. Carl aufgefordert, im Amt zu bleiben. Dieser hat sich Bedenkzeit vorbehalten, ob er sein Rücktrittsgesuch aufrechterhalten will. Er beansprucht eine größere Kontrollgewalt gegenüber einer Anzahl ministerieller Ressorts.

Keine Zwangsanleihe

Der Steuerausschuß des Reichstages setzte am Donnerstag die Beratung des Notopfergesetzes fort. Reichsfinanzminister Dr. Wirth führte aus, daß es ihm nicht sachdienlich erschienen sei, einen Entwurf über eine Zwangsanleihe vorzulegen, zumal er eine Geneigtheit einem solchen Entwurf zuzustimmen, bei den Parteien nicht habe ersehen können. Das Reichsministerium habe aber einen Entwurf betr. eine Zwangsanleihe ausgearbeitet, der den Abgeordneten zur persönlichen Einsicht offen stehe.

Die Vorlage über das Notopfergesetz soll noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages verabschiedet werden.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat am Donnerstag einen Dringlichkeitsantrag Bernhardt auf Einsetzung eines besonderen finanzpolitischen Ausschusses, der sich mit der Frage der Zwangsanleihe unter Einziehung des Notopfers befassen soll, einstimmig angenommen. Ferner wurde ein Antrag Gräßner, dem Ausschuß für Holz- und Forstwirtschaft unverzüglich zu bilden und einzuberufen, einstimmig angenommen. Nach Erledigung von Ausschußfragen wurde der Vorstand ermächtigt, die nächste Sitzung nach Bedarf voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Januar 1921 einzuberufen.

Die Durchsuchung nach Waffen

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Heute vormittag 10 Uhr haben im Berliner Westen mehrere Hundertschaften der Sicherheitspolizei sowie eine große Anzahl Kriminal- und Polizeibeamte mit der Durchsuchung ganzer Häuserviertel nach Waffen begonnen. Die Durchsuchungen haben im Bayrischen Viertel am Bayerischen Platz ihren Anfang genommen. Die Aktion erfolgte auf Grund von Anzeigen über zurückgehaltene Waffen, die dem Reichskommissar zugegangen sind, und stehen unmittelbar mit politischen Erwägungen in Zusammenhang.

Aus dem Berliner Stadtparlament

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag stand als wichtigster Punkt die Berichterstattung über die neuen Tarife für Elektrizität, Gas und Wasser und der von den Unabhängigen eingebrachte Antrag über die Nichtbestätigung des Oberstadtschulrates Löwenstein. Der Einspruch der Unabhängigen wurde nach lebhafter Aussprache mit 101 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Die Magistratsvorlage, die eine Erhöhung der Tarifgebühren vorsieht, wurde nach dem Ausschußantrag angenommen. Der demokratische Abgeordnete Michaelis führte aus, daß die wilden Streiks der Elektrizitätsarbeiter der Stadt ungezählte Millionen gekostet hätten. Die erhöhten Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise treten sofort in Kraft. Sie betragen für Groß-Berlin 2 M. für Licht, 90 Pf. für Wasser und 1,85 M. für Gas. In der sich hieran anschließenden nichtöffentlichen Sitzung wurde dem Oberbürgermeister Wermuth ein Ruhegehalt von 30000 M. und ein Teuerungszuschlag festgesetzt.

Generalstreik in Halle

Halle, 17. Dezember. Gestern mittag sind die Arbeiter mehrerer hiesiger industrieller Betriebe in den Streik getreten, angeblich im Zusammenhang mit der Verhaftung des politischen Redakteurs des „Volksblattes" Dr. Stern. Heute mittag haben auch die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerks die Arbeit niedergelegt. Die Straßenbahn hat ihren Betrieb eingestellt.

Halle, 17. Dezember. Wir erfahren noch folgende Einzelheiten zu dem Generalstreik: Auf Anordnung der Berliner Regierung wurde Viktor Stern, der politische Schriftleiter des „Volksblattes" von der politischen Polizei als lästiger Ausländer verhaftet. Als die Nachricht in den Betrieben bekannt wurde, legten die Arbeiter die Arbeit nieder. Gegen Abend fanden im Volkspark verschiedene Versammlungen statt, die überfüllt waren und an denen mehrere tausend Personen teilnahmen. Dort wurde mitgeteilt, daß alle von der kommunistischen Partei unternommenen Schritte beim Minister Severing und im Landtag ohne Erfolg geblieben sind. Die Versammlungen nahmen eine Entschließung an, in der sie das schamlose und ungerechtfertigte Verhalten der Regierung verurteilt. Die Hallesche Arbeiterschaft erblicke in dem Vorgehen der Regierung eine Provokation und will sie sich auf keinen Fall gefallen lassen. Sie gelobt, in dem Proteststreik auszuharren und ihn in verschärfter Weise durchzuführen.

Der Angestelltenstreik in der Metallindustrie

Die Angestellten der Metallindustrie haben ein Ultimatum an die Arbeitgeber gerichtet, in dem diese aufgefordert werden, ihre Angestellten besser zu bezahlen, wenn sie finanziell besser arbeiten. Gegenwärtig befänden sich 1481 Angestellte im Streik. Auch hat sich die Arbeiterschaft in den vom Streik betroffenen Firmen solidarisch mit den Angestellten erklärt.

Eine republikanische Liga

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In einer vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer einberufenen öffentlichen Versammlung regte Redakteur Karl Vetter die Gründung einer republikanischen Liga an, die die Gefahr der Orgesch am wirksamsten dadurch bekämpfen könnte, daß sich die gesamte Anhängerschaft der Republik in dieser Vereinigung zusammenschließe. Eine solche Gemeinschaft ist bereits in Mecklenburg-Schwerin geschaffen worden.

Schwere Unruhen in Petersburg

Von der russischen Grenze, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Poslednija Nowosti" melden, fanden in Petersburg im Arsenal, auf den Putilow-Werken usw. schwere Arbeiterunruhen statt. Der Aufstand wurde mit Hilfe der roten Truppen niedergeworfen. Ueber hundert Arbeiter wurden hingerichtet.

Die Opposition gegen Lenin

Kopenhagen, 17. Dezember. Die „Nationaltidende" meldet aus Helsingfors: Die Gegensätze in der bolschewistischen Partei verschärfen sich mit jedem Tage. Die Opposition gegen Lenin und das Zentralkomitee gewinnt täglich mehr Anhänger. Auf dem letzten Parteikongreß in Moskau trennte sich die Opposition von den Bolschewisten und hielt eigene Sitzungen ab. Lenin fand sich auch in diesen Sitzungen ein und wies die Beschuldigungen zurück, die man gegen das Zentralkomitee erhob. Er gab an, daß die Anklage gegen das Sowjetsystem, es sei zu bureaukratisch, nicht unbegründet sei. Er entschuldigte jedoch diesen Fehler damit, daß die Arbeiter noch nicht gelernt hätten, den Staat zu regieren.

Neuer Balkankonflikt

Belgrad, 17. Dezember. Da die bulgarische Regierung für Jugoslawien wichtige Bestimmungen des Vertrages von Neuilly nicht gehalten hat, hat die jugoslawische Regierung den Verkehr mit Bulgarien abgebrochen.

Das neue ungarische Kabinett

Budapest, 17. Dezember. Das neue Ministerium setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident Graf Teleki, gleichzeitig mit der vorläufigen Führung des Ministeriums des Aeußern sowie des Ministeriums der nationalen Minderheiten betraut; Inneres Ferdinandy; Finanzen Roland Hegedüs; Ackerbau Szabo Nagyatadi, gleichzeitig vorläufiger Landwirtschaftsminister; Landesverteidigung General Belitska; Justiz Tomcsanyi; Kultus Vass, gleichzeitig vorläufiger Ernährungsminister; Volkswohlfahrt Benard. Das neue Kabinett leistete gestern abend den Eid.

Oesterreichs Ernährungslage

Wien, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Wiener Reparationskommission ist gestern aus London verständigt worden, daß 60000 Tonnen Brotgetreide für Oesterreich gesichert sind und nun zur Verfügung stehen. Oesterreich hat nun bis Ende April nächsten Jahres genügend Getreide zu seiner Ernährung disponibel. Als Sicherstellung für die Bezahlung der 60000 Tonnen überseeischen Getreides wird die Verpfändung der in Oesterreich befindlichen ausländischen Wertpapiere dienen. Eine Verpfändung der Gobelins erfolgt zu diesem Zwecke nicht.

Ein neuer Kriegsminister

Paris, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Kriegsminister Lefèvre hat demissioniert. Zu seinem Nachfolger ist Raiberti bestimmt worden. Raiberti ist im Jahre 1862 in Nizza geboren und seit dem 20. März 1890 Abgeordneter des Departements Seealpen. Er hat sich besonders im Kammerausschuß für das Heerwesen und für das Budget hervorgetan. Auch ist er Vorsitzender in der Kommission für die Finanzen. Er ist Verfasser des Entwurfs einer Armeereorganisation.

Englisch-französische Gegensätze

London, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die aus Paris hier eingetroffenen halbamtlichen Mitteilungen über den Standpunkt der französischen Regierung auf der Brüsseler Entschädigungskonferenz haben überraschend gewirkt. Der französische Standpunkt, eine für drei Jahre festgesetzte Einigung mit Deutschland vorzuschlagen, entspricht keineswegs der hiesigen Auffassung. Man erblickt in dem französischen Vorschlag den Beweis, daß Frankreich nicht gewillt ist, die Entschädigungssumme zu fixieren, sondern daß es ein neues Verfahren durchsehen möchte; dieses Verfahren würde nur eine provisorische Lösung des Entschädigungsproblems bringen, also die Unsicherheit in Mitteleuropa fortbestehen lassen.

In diesem Sinne äußern sich die liberalen Zeitungen. Von dem Lloyd George nahestehenden „Daily Chronicle" wird überdies noch mitgeteilt, daß die Verhandlungen über die Befugnisse der Wiedergutmachungskommission einen schwierigen Verlauf nehmen. Wenn einmal diese Angelegenheit geordnet sei, so dürfte die französische Regierung ihren heutigen Standpunkt fallen lassen. In der Hauptsache stellt man sich die Vorschläge Frankreichs als eine französisch-deutsche Handelsübereinkunft vor, bei der die deutsche Industrie und namentlich die Maschinenindustrie dazu benutzt werden soll, um die noch stockenden französischen Betriebe mit den nötigen Betriebskräften zu versehen. Ferner soll Frankreich einen erhöhten Nutzen aus der deutschen Chemikalienerzeugung ziehen. Was sich in Deutschland an Rohstoffen befindet, die für das französische Aufbaugebiet von Wert sein könnten, soll in das Entschädigungsabkommen einbezogen werden. Schließlich ist das französische Handelsministerium mit der Zusammenstellung einer ausführlichen Liste beschäftigt, in der alle von Frankreich benötigten deutschen Fabrikate und Halbfabrikate namhaft gemacht sind.

In englischen Handelskreisen hält man es für möglich, daß der französische Handel von dieser neugeschaffenen Situation Nutzen ziehen wird, um verschiedene nach Frankreich importierte deutsche Erzeugnisse nach überseeischen Absatzgebieten zu verkaufen; daraus würde sich für England eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz ergeben. Man hält infolgedessen die französische Richtlinie auf der Brüsseler Konferenz für sehr bedenklich und läßt durchblicken, daß die englische Regierung ein wachsames Auge auf den Gang der Dinge halten werde.

Der Pariser Universitätsprofessor Georges Blondel ist übrigens, wie man hier erfährt, vom französischen Handelsministerium beauftragt worden, in den kaufmännischen Kreisen Frankreichs eine Werbetätigkeit zu unternehmen, deren Zweck es ist, die Kaufleute zur Wiederaufnahme der deutschen Handelsverbindungen anzuspornen. Blondel hielt bereits in verschiedenen französischen Städten Vorträge, in denen er ausführte, daß Frankreich nur von einem industriell leistungsfähigen Deutschland Entschädigung erhalten könne, und er wies auf die englische und amerikanische Konkurrenz in Deutschland hin, die unbedingt bekämpft werden müsse. Die Werbetätigkeit steht im engen Zusammenhang mit dem Plan der französischen Regierung, ein finanziell-wirtschaftliches Abkommen mit Deutschland zu schließen.

Noten über Noten

Die fortdauernde Bedrückungspolitik

Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Reparationskommission eine Note überreicht, in der es heißt:

Nach § 11 der Anlage zu Artikel 296 des Friedensvertrages findet im Schuldenausgleichsverfahren mit den alliierten Staaten eine monatliche Verrechnung zwischen den Ausgleichsämtern statt, wobei die sich zu Lasten Deutschlands ergebenden Passivsalden jedesmal binnen einer Woche durch Barzahlung zu begleichen sind. Da die Beschaffung der für die Abdeckung der Debetsalden erforderlichen Devisen immer größere Schwierigkeiten verursacht, und namentlich

die Durchführung des Ernährungsprogramms der deutschen Regierung ernstlich in Frage stellt,

hat diese sich genötigt gesehen, Mitte Oktober an die britische und die französische Regierung mit dem Antrag heranzutreten, daß die künftig entstehenden deutschen Debetsalden bis auf weiteres fortlaufend auf das nächste Monatskonto vorgetragen werden möchten. Beide Regierungen haben diesen Antrag abgelehnt. Die deutsche Regierung hat daraufhin Mitte November ihren Antrag wiederholt, wobei sie die hier in Betracht kommenden wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Deutschlands eingehend dargelegt und darauf hingewiesen hat, daß sie mit den bisherigen Zahlungen bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei, und daß sie deshalb nicht die Verantwortung dafür werde übernehmen können, auch im Dezember das deutsche Devisengeschäft wieder mit so erheblicher Summe für das Ausgleichsverfahren zu belasten. Da sich inzwischen herausgestellt hat, daß auch im Verhältnis zu Belgien ebenfalls erhebliche Debetsalden zu Lasten Deutschlands entstehen werden, ist eine gleiche Mitteilung auch der belgischen Regierung gemacht worden.

Dementsprechend hat das deutsche Ausgleichsamt die beteiligten fremden Ausgleichsämter benachrichtigt, daß es bis auf weiteres von der Barzahlung der im Dezember fällig gewordenen Salden absehen muß.

Der enge Zusammenhang mit der Frage der Reparationspflicht macht es noch [illegible]